Anträge im Reichstag.

vdz. Berlin. Die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion** führt in einer Interpellation aus, das Verbot des Films **„Im Westen nichts Neues"** habe in weiten Kreisen der Republikaner und Friedensfreunde Empörung ausgelöst. Der Film könne weder im In- noch im Auslande als eine Herabsetzung des deutschen Heeres im Weltkriege empfunden werden. Die Gutachten des Reichswehr-, Reichsaußen- und Reichsinnenministeriums entsprächen nicht dem Empfinden weiter Kreise deutscher Bevölkerung.

Unter Bezugnahme auf den gleichen Film verlangt die **Deutsche Volkspartei baldige Vorlegung eines Lichtspielgesetzes, das einen wirksamen Schutz der nationalen Würde und des deutschen Ansehens im Auslande gewährleiste.**

Die **Fraktion des Landvolkes** fordert einen Gesetzentwurf, wonach alle Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden, sowie Reichswehr und Marine verpflichtet sein sollen, ihren Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch inländische Produkte zu decken.

Die **Staatspartei** verlangt Verbot der Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter, solange landwirtschaftliche Arbeiter arbeitslos seien und Millionen deutscher Menschen durch die katastrophale Arbeitslosigkeit in bitterem Elend lebten.

Die **Deutsche Volkspartei** wendet sich in einem Antrage gegen die Einengung der Arbeit des Vereins für das Deutschtum im Auslande durch den Erlaß des Pr. Kultusministers vom 23. 8. 30.

Die **Nationalsozialisten** haben einen Gesetzentwurf zur **Aenderung der Dezembernotverordnung** vorgelegt, wonach die Bestimmungen über die Tabaksteuer außer Kraft gesetzt werden sollen.

In einem Gesetzentwurf der **Wirtschaftspartei** wird das **Verbot der Gewährung von Zugaben verlangt.** Ausgenommen sollen Reklamegegenstände oder fast wertlose Kleinigkeiten sein.

Nach einem Antrag der gleichen Partei soll **allen Beamten, Staatsangestellten und Pensionären jede gewerbliche private Tätigkeit untersagt** sein. Jede weitere Einstellung von weiblichem Personal soll auf das absolut erforderliche Maß beschränkt und **weibliche Kräfte abgebaut** werden, soweit sie nicht ihre Eltern unterhalten müssen oder sonst zwingende Gründe vorliegen. Ehefrauen von Beamten usw. soll es verboten sein, einen Beruf auszuüben, der eine wirtschaftliche Schädigung für die Erwerbsstände bedeutet. Bei sämtlichen **Staatlichen Bauten und Gemeindebauten** sollen nur heimische Erzeugnisse Verwendung finden dürfen. Bei der Durchführung zukünftiger Wohnungsbauprogramme soll das notleidende Handwerk stärker als bisher herangezogen werden und nicht wie bisher ausschließlich Berliner Verhältnisse zugrunde gelegt werden. — Bei der Verlegung von Behörden sollen möglichst nicht Städte betroffen werden, die bisher schon durch Auflösung von Behörden in Mitleidenschaft gezogen sind. — Schließlich verlangt die W.P., bei Vergebung staatlicher Aufträge für das Bekleidungsgewerbe das Handwerk in den betreffenden Orten ausschließlich zu berücksichtigen.

*

Volksparteiliche Kulturanträge im Reichstag.

Gegen die Zentrale des Bundes der Gottlosen.

Bereits am 12. Dezember hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei, Dingeldey und Genossen im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, Maßnahmen zu erwägen, um die nach Zeitungsnachrichten beabsichtigte Verlegung der Internationale der Gottlosen von Moskau nach Berlin zu verhindern."

Schutz der christlichen Feiertage.

Ein gleichfalls am 12. Dezember eingebrachter volksparteilicher Antrag Dingeldey und Gen. lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, in Ausführung der Art. 139 der Reichsverfassung ein Gesetz zum Schutz der christlichen Feiertage vorzulegen."

Wahrung des kulturellen Besitzstandes des Auslandsdeutschtums.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dingeldey und Gen., brachte am 12. 12. im Reichstag folgenden Antrag ein: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die um den kulturellen Besitzstand der Deutschen im Ausland außerordentlich verdienstvolle Arbeit des Vereins für das Deutschtum im Auslande durch die Auswirkungen des Erlasses des preuß. Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 23. August nicht eingeengt oder erschwert werde."

Film und nationale Würde.

Unter Berücksichtigung der zunehmenden Bedeutung des Films im guten und im schlechten Sinne hat die Reichstagsfraktion der DVP., Dingeldey und Gen., am 12. Dezember im Reichstag gleichfalls folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die Mängel des geltenden Lichtspielgesetzes die anläßlich der Vorführung des Remarquefilms „Im Westen nichts Neues" sich erwiesen haben baldigst den Entwurf eines Lichtspielgesetzes vorzulegen, das einen wirksamen Schutz der nationalen Würde und des deutschen Ansehens im In- und Auslande gewährleistet."

Schutz der kinderreichen Familien.

Zum Schutze der kinderreichen Familien unterbreitete die Reichstagsfraktion der DVP., Dingeldey und Gen., am 12. 12. folgenden Antrag: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, in den Ausführungsbestimmungen zu den in der Notverordnung zusammengefaßten Gesetzen die **bevölkerungspolitischen** Gesichtspunkte im Sinne einer Unterstützung der **Belange kinderreicher Familien besonders zu berücksichtigen.**"

Das Verbot des Stahlhelmfilmes aufgehoben.

Berlin. (Funkspruch.) Die **Filmoberprüfstelle** hat das **unlängst ergangene Verbot des Stahlhelmfilmes heute aufgehoben.**

Vor der Regierungserklärung des Kabinetts Steeg

Paris. (Funkspruch.) Die Regierungserklärung, die Ministerpräsident Steeg heute nachmittag in der Kammer und Justizminister Chéron in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident im Senat verlesen werden, wird dem Vernehmen nach ziemlich kurz sein. Das Kabinett wird darin zum Ausdruck bringen, daß es nicht als eine Kampfregierung, sondern als eine Regierung des Ausgleichs, die aus Männern guten Willens bestehe, die nichts weiter im Auge hätten, als das nationale Interesse, sich dem Parlament vorstellen. Die Finanzlage und die Wirtschaftskrise, sowie die nationale Verteidigung würden die Hauptsorge der neuen Regierung bilden. Das Budget müsse rechtzeitig verabschiedet werden und auf jeden Fall ausgeglichen sein.

Besserung der Lage in Spanien.

* Paris. Die Lage in Spanien scheint sich nach den **letzten Berichten wesentlich gebessert zu haben.** Der Generalgouverneur von Madrid, der Bruder des Ministerpräsidenten Berenguer erklärte, daß die Regierung davon abgesehen habe, ein Bataillon Fremdenlegionäre zur Verstärkung von Marokko nach Madrid zu beordern. Die Aenderung dieser ursprünglichen Absicht der Regierung dürfte wohl auf die in der spanischen Armee hierüber zum Ausdruck gekommenen Mißstimmung zurückzuführen sein.

Der **regelmäßige Personen- und Güterverkehr** zwischen Frankreich und Spanien hat am Mittwoch **wieder eingesetzt.** Die Einfuhr französischer Zeitungen nach Spanien ist jedoch nach wie vor verboten. Die Bank von Spanien hat beschlossen, einen Kredit von 200 000 Peseten zugunsten der Bürgergarde zu gewähren, die sich besonders hervorgetan hat. 50 000 Peseten wurden außerdem für die Hinterbliebenen der Opfer der blutigen Straßenkämpfe bereitgestellt.

Ein Telefongespräch mit der Königin von Spanien.

* London. Die Königin von Spanien, die von der Londoner Zeitung „Star" telephonisch um Auskunft über die Lage in Spanien gebeten wurde, antwortete, daß **keine Gefahr mehr bestände.** Alles sei völlig ruhig. Der König habe am Mittwoch vormittag einer großen offiziellen Veranstaltung beigewohnt und am Nachmittag die Kasernen besucht. In einigen Tagen werde voraussichtlich alles wieder normal sein. Die spanische Botschaft in London dementiert eine Pariser Meldung, daß die französisch-spanische Grenze geschlossen sei. **Obwohl in einer Anzahl von Städten noch gestreikt werde, verlaufe doch alles friedlich.** Zamora, der republikanischer Ministerpräsident werden sollte, ist einer Meldung der „Central News" zufolge verhaftet worden.

Die beamtenpolitische Lage.

Stellungnahme des Gesamtvorstandes des Deutschen Beamtenbundes.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 17. Dezember 1930 zu der durch den Erlaß der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 geschaffenen Lage Stellung genommen. Grundsätzlich wendet sich der Gesamtvorstand des D. B. B. in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme des 7. Bundestages erneut mit aller Entschiedenheit gegen die Finanzpolitik der Reichsregierung, die Finanznöte des Reichs, der Länder und Gemeinden in erheblichem Maße einseitig durch Kürzung der Beamtengehälter zu beheben. Unter Berufung auf Artikel 134 der Reichsverfassung fordert der Gesamtvorstand eine Steuer- und Finanzpolitik, durch die alle Staatsbürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten herangezogen werden. Der Gesamtvorstand bestreitet, daß die durch die Verordnung ausgesprochene Gehaltskürzung rechtsgültig ist, da es dazu eines verfassungsändernden Reichsgesetzes bedarf.

Die durch die Gehaltskürzung in der Beamtenschaft hervorgerufene Beunruhigung ist verstärkt worden durch die vom Reichsrat verlangte, sachlich nicht begründete Vorverlegung des Zeitpunktes für den Beginn der Gehaltskürzung. Der Glaube der Beamtenschaft an Gerechtigkeit und sachliche Beurteilung mußte erschüttert werden, als die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reich und Ländern über die Verteilung der im Rahmen des Wirtschafts- und Finanzplans zur Verfügung stehenden Mittel in zwar einfacher, aber staatspolitisch sehr bedenklicher Weise dadurch beseitigt wurden, daß die Gehaltskürzung bereits für den 1. Februar 1931 beschlossen wurde. Besonders ist zu beanstanden, daß die in der Notverordnung getroffene Regelung die durchaus gebotene Rücksichtnahme auf die gering besoldeten Beamtenschichten vermissen läßt. Die Festsetzung eines einheitlichen Satzes von 6 Prozent und der Freigrenze auf nur 1500 RM. und die so bewirkte Verminderung auch sehr niedriger Beamtengehälter um einen derartig hohen Vombundertsatz widerspricht der Pflicht zu sozialer Rücksichtnahme.

Der Gesamtvorstand erwartet, daß der Reichstag bei der Beratung der dem Haushaltsausschuß überwiesenen Initiativgesetzentwürfe zur Aenderung der Verordnung Wege zur sozialen Gestaltung der Gehaltskürzung findet.

Die als Ausgleich der Gehaltskürzung in Aussicht gestellte Preissenkung hat bisher keine praktische Bedeutung erlangt. Die Preisgestaltung gerade von Gegenständen des täglichen Bedarfs hat sich zugunsten der Verbraucher nur unmerklich geändert. Die Gehaltskürzung ab 1. Februar 1931 bedeutet daher eine wesentliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Beamten.

Der Gesamtvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Vorstand, alles zu tun, um die Rechtslage zu klären und den Reichstag zu veranlassen, durch Staffelung der Gehaltskürzung innerhalb des Satzes von 6 Prozent eine soziale Gestaltung zugunsten der gering besoldeten Beamtengruppen zu beschließen. Der finanzielle Ausfall müßte durch Einsparung an den sächlichen Ausgaben der öffentlichen Haushalte gedeckt werden. Daneben ist der Preisbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen und in Zusammenarbeit mit anderen Verbraucherschichten dahin zu wirken, daß durch Senkung der Lebenshaltungskosten die Gehaltskürzung ausgeglichen wird.

Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes zur wirtschaftlichen Lage.

)(Berlin. Die **Generalversammlung des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes** (C. V.), Berlin, nahm nach Erstattung des Geschäftsberichtes, zu dem eine Aussprache nicht stattfand, eine **Entschließung zur Frage des Stimmrechts der Banken bei den Depotaktien an.**

Zum neuen Verbandspräsidenten ist vom Ausschuß **Dr. Georg Solmssen,** Vorstandsmitglied der DD-Bank, gewählt worden.

Dr. Solmssen eröffnete seine Tätigkeit mit einer Ansprache, in der er einleitend die großen Verdienste von Geheimrat Rießer um das Bankgewerbe würdigte. Mehr denn je bedürfe es in der Gegenwart fester Grundsätze und klaren Wollens. **Noch immer habe sich in Perioden wirtschaftlichen Abstiegs das Volksempfinden gegen die den Verkehr mit Geld und Geldeswert regelnden Berufe gewandt.** In Verkennung der Zusammenhänge werde gegen die deutschen Banken der Vorwurf erhoben, sie versuchten, ihre Kredite einzuschränken und versagten, also gerade in einer Zeit größter wirtschaftlicher Not. Demgegenüber lehre ein Blick auf die Monatsbilanzen der Banken, wie stark sich die fremden Mittel vermindert haben. **Die deutschen Banken und Bankiers hätten alles in ihren Kräften stehende getan,** um die Einengung des Kreditvolumens der Wirtschaft so gering wie möglich zu halten. Diese Maßnahmen hätten aber ihre Grenze an der Liquidität der Bankbilanzen, mit der heute mehr denn je die Liquidität der Gesamtwirtschaft stehe und falle. Soweit wie irgend möglich, habe der Bankierstand versucht, auf den Gang der Dinge Einfluß zu gewinnen.

Dr. Solmssen verwies in diesem Zusammenhang auf die Referate der Bankiertagungen, in der die Entwicklung vorausgesagt und davor gewarnt wurde, den Dingen den Lauf zu lassen, den sie genommen haben. Der Gedanke, den Staat zum Träger der Wirtschaft zu machen, habe auf der ganzen Linie Schiffbruch gelitten. Ein besiegtes Volk dürfe sich nicht vermessen, der Entwicklung der Weltwirtschaft Gesetze vorzuschreiben, sondern müsse sich den Gesetzen der Weltwirtschaft fügen.

Auch innerhalb der breiten Masse des Volkes fange man langsam an zu begreifen, daß wir im letzten Jahrzehnt in die Irre gegangen sind und anstatt uns empor zu sparen, versucht haben, uns empor zu borgen. Wie stets in Zeiten der Not, treten jetzt Naturärzte auf, die glauben, mit einem Federstrich, durch Aufhebung der Zinsknechtschaft und durch freie Geldschöpfung, alle unsere Leiden heilen zu können. Aus derartigen wirtschaftlichen Utopien müsse es ein **böses Erwachen** geben. **Deutschland sei und bleibe vom Auslande abhängig, und es sei ein Verbrechen, so zu tun, als ob wir in der Lage wären, unsere Verpflichtungen gegenüber unseren Gläubigern zu negieren.** Gerade die letzten Monate hätten erneut gezeigt, in welchem Ausmaß wir in unserer Wirtschaftsführung vom Vertrauen des Auslandes abhängig seien. Gerade das Gegenteil werde aber bewirkt, wenn in diesem Augenblick eine Partei mit einem bank- und kreditpolitischen Programm aufwarte, das jeder Einsichtige nur als Phantasterei bezeichnen könne. Eine verantwortungsbewußte Staatsleitung müsse allen Versuchen energisch entgegentreten, derartige Ideen zum Gegenstand gesetzgeberischer Experimente zu machen. **Mehr denn je erfordere unsere Zeit eine entschlossene Staatsleitung, die zum Besten des Ganzen bereit ist, sich unpopulär zu machen, indem sie von der Gesamtheit Opfer verlange und nicht davor zurückschrecke, der Gesamtheit die Lage zu schildern, wie sie ist.**

Vom Reichsbankpräsidenten a. D. Dr. Schacht

erscheint in einigen Tagen eine billige Broschüre **„Nicht Reden, Handeln!"** (Verlag Buchholz u. Weißwange, Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Charlottenburg 2), die im Buchhandel zum Preise von 0,40 RM. (bei Massenbezug billiger) zu haben ist. Ein paar interessante Sätze können wir schon heute veröffentlichen.

Den Kredit schädigt man nur, wenn man über die wahren Tatsachen einen Schleier breitet, der dem anderen nicht erlaubt, in die wahren Dinge hineinzusehen. Den deutschen Kredit schlägt man, wenn man nach den sogen. Hitlerwahlen in alle Welt hinaustelegraphiert, daß wir in Deutschland vor einem neuen **Bürgerkrieg** stehen. Den deutschen Kredit schädigt man, **wenn man die** sozialistische Verschwendungswirtschaft, die wir durch nun 7 Jahre getrieben haben, nicht endlich abstellt. Das Verständnis dafür ist im Auslande außerordentlich groß. Den deutschen Kredit schädigt man, wenn man von den Vertretern der einzelnen Munizipalbehörden dauernd von Kredit-Prolongationen reden hört. Den deutschen Kredit schädigt man, wenn man die Finanzlage des eigenen Landes so schlecht kennt, daß selbst die Minister, die darüber öffentlich Rechenschaft ablegen müssen, alle paar Wochen ihre Feststellungen und Erklärungen verbessern müssen.

Das sind Dinge, die dem Ausland zeigen, daß wir unsere Situation nicht kennen. Und das ist das Schlimmste, was einem Bankkunden passieren kann.

Glauben Sie nicht, daß man die Weltgeschichte mit Reden verändern kann. Solche Reden und Vorträge sind außerordentlich nützlich, sie dienen einer Aufklärung, und sie dienen der Vorbereitung einer Stimmung, aber man bringt die Welt nur weiter, wenn man zum Handeln entschlossen ist, und wenn man handelt. Wenn ich Nachrichten lese: Herr Young fährt nach Amerika und dann gleich danach den Kommentar: „Jetzt ist etwas im Gange!, oder wenn ich lese: Herr Harrison von der Federal Reservebank fährt nach Europa, und wenn es dann heißt, das muß etwas bedeuten, da ist etwas im Gange, weil sie gleichzeitig fahren, oder wenn es heißt, Herr Schacht hat Herrn Hoover oder Herrn Stimson oder Herrn Mellon gesprochen: Herr Schacht kommt nach Hause und bringt die Lösung mit! — Das ist alles törichtes Zeug. Wenn es so leicht wäre, dann wäre uns schon längst geholfen. Es wird uns nicht besser gehen, bevor wir nicht unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Uns hilft kein Gott, wenn wir uns nicht selber helfen.

Entweder also — das sind die Konsequenzen, die ich aus dieser Lage in meinen Vorträgen gezogen habe — müssen wir zu einer Erzielung dieses Exportüberschusses und des Gesamtüberschusses unserer Wirtschaft kommen, oder es muß mit den Reparationen Schluß gemacht werden.

Der Sparantrag der Deutschen Volkspartei.

d. Der vor einiger Zeit mitgeteilte Antrag der Deutschen Volkspartei, worin **weitere 300 Millionen RM. Einsparungen im Etat für 1931 verlangt** werden, war heute Gegenstand einer Aussprache zwischen dem Führer der Volkspartei, dem Abgeordneten **Dr. Dingeldey,** und dem **Reichskanzler.** Dr. Dingeldey legte dem Kanzler die Gründe dar, die seine Fraktion zu ihrem Antrag geführt haben, vor allem die Absicht, das Gleichgewicht des neuen Haushalts gegenüber weiteren Einnahmeausfällen unter allen Umständen zu sichern, und betonte, daß die Fraktion unbedingt auf der rechtzeitigen gesetzlichen Sicherstellung der von ihr geforderten Einsparungen bestehen müsse. Ein endgültiges Ergebnis dürfte die Unterhaltung noch nicht gehabt haben, da heute bereits mitgeteilt wird, daß **Anfang Januar weitere Besprechungen** stattfinden sollen. Grundsätzlich werden wohl der Kanzler wie der Finanzminister damit einverstanden sein, wenn der Etat durch weitere Abstriche gegen alle Erschütterungen gesichert wird, aber es wird nicht leicht sein, die Stellen zu finden, wo noch volle 300 Millionen abgesetzt werden können, nachdem bereits Kürzungen um anderthalb Milliarden vorausgegangen sind.